

# Mund auf

Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V. | Landesverband Bayern



www.fvdz-bayern.de

Ausgabe 2 | 2012 | 27.11.2012

V.i.S.d.P.: Christian Berger, Landesvorsitzender des FVDZ Bayern, Kempten

## Beitragserhöhung um 1,5 Millionen Euro

# KZVB will 100 Wohnungen bauen

**Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) erhöht den Verwaltungskostenbeitrag von 0,90 auf 0,98 Prozent und erhebt zusätzlich den monatlichen Festbetrag von 30 Euro pro Mitglied, das bedeutet 1,5 Millionen Euro an Mehreinnahmen pro Jahr. Die knappe Mehrheitsentscheidung (13:11) erfolgte in geheimer Abstimmung und entspricht den beiden Fraktionen ZZB (13) und FVDZ (11) in der Vertreterversammlung (VV) der KZVB. Gleichzeitig plant die KZVB den Bau und die Vermietung von 100 Wohneinheiten auf dem Grundstück der KZVB in der Fallstraße 34 in München. Kosten: rd. 20 Millionen Euro.**

Politisch gab es trotz der beiden fast gleichstarken Fraktionen einstimmige Beschlüsse: Die Forderung nach Abschaffung der Degression; Übereinstimmung auch bei der Forderung, die GKV-Überschüsse ausschließlich für zahn/medizinisch notwendige Leistungen auszugeben, bei der Aufforderung an die Krankenkassen, es zu unterlassen, das vertraglich vereinbarte Gutachterwesen durch Beauftragung des MDK oder von Beratungszahnärzten zu umgehen sowie bei der Forderung an die Krankenkassen, den zahnärztlichen Notdienst nach dem Stand der Wissenschaft angemessen zu honorieren.

Abgelehnt wurden hingegen Anträge der FVDZ-Fraktion auf Abschaffung der Budgetierung zahnärztlicher Leistungen (13 ZZB : 11 FVDZ). Mit gleichem Stimmverhältnis lehnte es die Vertreterversammlung ab, die vollständige Bezahlung erbrachter zahnärztlicher Leistungen der Jahre 2010 bis 2012 aus den Überschüssen der Krankenkassen vom Gesetzgeber nachzufordern. Auch die Freiwilligkeit bei der papierlosen Abrechnung, also die Entscheidung, die Art der Übermittlung dem Zahnarzt zu überlassen, ist mit ZZB nicht zu machen.

Bei der wohl wichtigsten Entscheidung der diesjährigen VV ging es um die Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags von 0,90 auf 0,98 Prozent sowie um den monatlichen Festbetrag pro

Mitglied von 30 Euro. Gestützt wurde der Antrag der beiden Vorsitzenden Dr. Janusz Rat und Dr. Stefan Böhm vom kaufmännischen Geschäftsführer Dr. Walter Donhauser, der in der angespannten Zinssituation auf dem Finanzmarkt die Ursache für eine notwendige Beitragserhöhung sieht. Die Fraktion des FVDZ lehnte die Erhöhung ab und forderte namentliche Abstimmung. Dies wurde von ZZB abgelehnt und eine geheime Abstimmung durchgesetzt. Die Entscheidung, ob Beitragserhöhung oder nicht, ging knapp aus: 13 Delegierte stimmten in geheimer Wahl für die Erhöhung, 11 Delegierte dagegen.

Um die Erträge künftig nachhaltig zu stabilisieren, plant die KZVB ein Bauvorhaben mit 100 Wohneinheiten auf dem Grundstück des Zahnärzteauses. Begründung: Für die Werteschaffung sei es nicht zweckmäßig, Büroimmobilien zu errichten. Die von Dr. Donhauser bezifferte Rendite beträgt ca. 5 Prozent. FVDZ-Landesvorsitzender Christian Berger fragte als BLZK-Vizepräsident mehrfach nach, warum bei den Planungen der Raumbedarf der BLZK nicht berücksichtigt worden sei. Als besonders pikant erwies sich die Diskussion um die Arbeit des VV-Ausschusses, der den Vorstand kontrollieren soll. Ein Bericht des Ausschusses fehlte zunächst, was für Unmut sorgte. Erst auf mehrfache Nachfrage wurde mündlich berichtet, dass sich die 3 Ausschussmitglieder fünfmal getroffen hatten. Die 11 Delegierten des FVDZ stellten den Antrag, den VV-Ausschuss aufzulösen und die bisher entstandenen Kosten von 48.000 Euro „transparent aufzugliedern und ggf. zurückzufordern“. Die weitere Diskussion und die Abstimmung wurden von ZZB mit einem erfolgreichen Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zur Tagesordnung (13:11) verhindert.

Am Ende wurde noch die Reisekostenordnung der KZVB geändert. Die Kilometergeldpauschale wird am 1.1.2013 von 0,50 auf 0,85 Euro/km angehoben. Die namentliche Abstimmung erfolgte mit 13 Ja-Stimmen von ZZB bei 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

## Kommentar

### Zweitklassig

Seit Jahren verweigert die KZVB der BLZK einen Teilerwerb des Grundstücks Fallstr. 34 und mehr Büroräume. In der Folge will die BLZK nun in der Nachbarschaft kaufen und bauen. Jetzt kann die KZVB ihr Vermögen von ca. 100 Millionen Euro nicht mehr so gewinnbringend anlegen wie bisher – und so fordert ZZB als Mehrheitsfraktion 1,5 Millionen Euro mehr Verwaltungsbeiträge von den Zahnärzten. An einen Teilverkauf des Geländes an die BLZK und Verzicht auf Beitragserhöhung denkt bei KZVB und ZZB offensichtlich niemand – obwohl das Gelände in den 70er Jahren auch durch den Verkauf der damaligen BLZK-Immobilie finanziert wurde. Bezahlen soll alles der Zahnarzt, der bei BLZK und KZVB „Zwangsmitglied“ ist. Der Freie Verband schaut machtlos zu, die Freien Zahnärzte sind zur KZVB-Wahl erst gar nicht angetreten – sie kritisieren die Kammer bei jeder Gelegenheit und schweigen zu allen Taten der KZVB. Die ZZB-Mehrheit hat die Beitragserhöhung durchgesetzt und die Planung von Bau und Vermietung der mehr als 100 Wohneinheiten.

In manchen Jahren gilt es, Rückgrat zu zeigen, auch wenn eine Vermögensentnahme droht. Vom Vermögen der KZVB hat der einzelne Zahnarzt nichts. Rückgrat kann man ZZB nicht bescheinigen – im Gegenteil.

Leider blieb das nicht die einzige zweitklassige Entscheidung. „Unsensibel“ war auch die Mehrheitsentscheidung von ZZB, das Kilometergeld bei den Reisekosten zu erhöhen. Von den Vertragszahnärzten werden Opfer verlangt, selbst will man auf nichts verzichten.

Besonders peinlich und somit drittklassig ist der erfolgreiche Versuch der ZZB-Fraktion, die Unzulänglichkeiten eines Ausschusses totzuschweigen, der eigentlich dem hauptamtlichen Vorstand auf die Finger sehen soll, offensichtlich wenig getagt und dafür 48.000 Euro kassiert hat. Dies ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten.

Anita Wuttke